

Berlin, den 06.05.2012

Berliner Schulpolitik: Irrungen und Wirrungen

Im Schulgesetz von Berlin vom 28. Juni 2010 heißt es:

„Auftrag der Schule ist es, alle wertvollen Anlagen der Schülerinnen und Schüler zur vollen Entfaltung zu bringen und ihnen ein Höchstmaß an Urteilskraft, gründliches Wissen und Können zu vermitteln. [...] Auftrag der Schule ist es, alle wertvollen Anlagen der Schülerinnen und Schüler zur vollen Entfaltung zu bringen.“

Als Grundsätze zur Verwirklichung dieser Zielvorgaben wird im Schulgesetz festgelegt, dass *„jede Schule [...] die Verantwortung dafür [trägt], dass die Schülerinnen und Schüler, unabhängig von ihren Lernausgangslagen, an ihrer Schule zu ihrem bestmöglichen Schulabschluss geführt werden. Die Schule ist so zu gestalten, dass die gemeinsame Unterrichtung und Erziehung sowie das gemeinsame Lernen der Schülerinnen und Schüler verwirklicht, Benachteiligungen ausgeglichen und Chancengleichheit hergestellt werden.“*

„Bildet Berlin!“ vertritt die Auffassung, dass eine Bildungspolitik, die diese Vorgaben ernst nimmt, daran interessiert sein sollte, allen an Schule Beteiligten Bedingungen zu schaffen, die eine optimale Entfaltung vorhandener Potenziale befördert. Sie muss dafür sorgen, dass Schülerinnen und Schüler zum Lernen motiviert werden. Voraussetzung hierfür ist eine Lernsituation, die Kontinuität, Stabilität und Vertrauen schafft. Um eine solche aufzubauen und zu erhalten sind motivierte und engagierte Lehrkräfte gefragt. Motivation und Engagement als Schlüsselemente gelungener Schule wiederum entstehen durch Zufriedenheit, Wertschätzung und einer aussichtsreichen sowie sicheren Perspektive.

Die aktuelle Berliner Schulpolitik orientiert sich aus der Sicht von „Bildet Berlin!“ nicht an den Lehrkräften als maßgebliche Umsetzer der benannten Prozesse. Im Gegenteil verursacht sie durch ihre stets intransparenten Entscheidungen Unruhe und Frustration!

„Bildet Berlin!“ stellt aktuell fest: Seit drei Wochen werden die ohnehin schon schwierigen Arbeitsbedingungen an vielen Gymnasien dadurch erschwert, dass Gerüchte über **Zwangsumsetzungen** die Runde machen. In ganz Berlin würden sich ungefähr 300 Lehrerstellen im Überhang befinden, die nun umverteilt werden müssten. Der geplante Umgang mit diesem Phänomen ist dabei wie gewohnt undurchsichtig, niemand kann Genaues sagen, täglich ändern sich die Informationen bzw. werden durch neue – zum Teil widersprüchliche – ergänzt.

Beruhigung verschaffte den Betroffenen eine Meldung in der Berliner Morgenpost vom 26.04.2012:

„Bildungssenatorin Sandra Scheeres (SPD) hat durchgesetzt, dass die 307 Lehrerstellen, die mit Ablauf des Schuljahres an den Gymnasien abgebaut werden müssten, weil der Doppeljahrgang die Schulen verlässt, als Überhang an den Gymnasien bleiben können“.

Unglücklicherweise wussten von dieser Entscheidung die an Schule Beteiligten nichts. Entsprechend sollen trotzdem die sogenannten Bepunktungen an den Schulen beginnen, mit deren Hilfe ermittelt wird, wer das gewohnte Arbeitsumfeld verlassen muss. Das Damoklesschwert schwebt weiterhin über den Lehrkräften - und all das, obwohl weithin bekannt ist, dass die nächsten Pensionierungen schon im kommenden Schuljahr anstehen. Jetzt sollen also Lehrerinnen und Lehrer umgesetzt werden, deren Arbeitskraft schon in ein paar Monaten wieder an der Schule gebraucht wird, von der sie nun weggeschickt wird. Aber offenbar folgt die Politik der Schulverwaltung keiner Logik.

Es sei exemplarisch dargestellt, warum diese Situation für eine junge, ledige Lehrkraft ohne Kinder mit voller Stelle im Angestelltenverhältnis, die am ehesten von einer Zwangsumsetzung betroffen ist, unerträglich ist: Sie lässt sich in Berlin ausbilden und entscheidet sich bewusst dafür, in Berlin zu bleiben – obwohl mit der Verbeamtung in anderen Bundesländern weitaus bessere Angebote locken. Sie wähnt sich in ruhigem Fahrwasser und baut über das Schuljahr an einem sozialen Brennpunkt Beziehungen und Bindungen zu circa 170 Schülern auf. Sie übernimmt die Leitung einer Klasse. Sie soll – als Angestellte perspektivisch schlechter bezahlt als die Kolleginnen und Kollegen, die weiterhin im Beamtenverhältnis aus anderen Bundesländern übernommen werden – Eltern beraten, alle Schülerinnen und Schülern entsprechend ihrer Fähigkeiten bestmöglich fördern und fordern, Klassenfahrten planen, Unterricht vorbereiten, in Klassenkonferenzen über Erziehungsmaßnahmen beraten, Klassenarbeiten korrigieren, das Abitur abnehmen und 25 Stunden unterrichten. Das alles natürlich möglichst gut und möglichst genau, denn es geht um die Zukunft unseres Landes.

Wie nun kann das funktionieren, wenn man den engagierten, jungen Kollegen kurz vor Ende des Schuljahres in Aussicht stellt, an irgendeine neue Schule versetzt zu werden? Wie sollen Schülerinnen und Schüler gut lernen, wenn ihre neue Klassenlehrerin die Schule wieder verlassen muss? Weshalb sollten junge Lehrer sich für ihre Schule engagieren, wenn sie jederzeit umgesetzt werden können, obwohl viele ihrer Kollegen kurz vor der Pensionierung stehen? Wie kann man dann noch davon ausgehen, dass Schulen innovativ sind?

„**Bildet Berlin!**“ sieht darin ein weiteres Argument dafür, Berlin endgültig den Rücken zu kehren, um den Irrungen und Wirrungen einer perspektivlosen und ungerechten Bildungspolitik zu entkommen!

Kontinuität in der Regierungspolitik kann nur hinsichtlich des Raubbaus an der Berliner Schulqualität konstatiert werden! Das Vorgehen des Senats verhindert mit ihrer Bildungsphilosophie eine bestmögliche Ausbildung des eigenen Nachwuchses und geht somit fahrlässig mit ihrer wertvollsten Ressource um. Sie begreift nicht, dass sie mit ihren formalistischen und streng hierarchisierten Vorgängen an den Menschen vorbei operiert, von deren Engagement sie gänzlich abhängig ist.

Bildet Berlin!

i.A. Anne Knop/ Florian Bublys